

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
<b>Band:</b>	61 (1981)
<b>Heft:</b>	5: Max Frisch, "nicht ganz leicht zu feiern"
 <b>Artikel:</b>	Lateinamerika zwischen Modellpluralismus und Staatsausdehnung
<b>Autor:</b>	Mansilla, H.C.F.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-163764">https://doi.org/10.5169/seals-163764</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Lateinamerika zwischen Modellpluralismus und Staatsausdehnung

Die Jahre 1979–1981 sind in Lateinamerika nicht arm an Ereignissen gewesen: der Sturz der Jahrzehnte dauernden Diktatur der Somoza-Dynastie in Nicaragua, das Ende des Militärregimes in Ecuador und Peru, die ersten freien Wahlen in Honduras, die Regierungsübernahme durch die bisherige Opposition in Venezuela, der Bürgerkrieg in El Salvador, der Staatsstreich der Drogenhändler in Bolivien und eine neuartige, reformistische Verfassung in Peru. Hinter diesen spektakulären Geschehnissen vollziehen sich jedoch einige Entwicklungstrends, die langfristig von grösserer Bedeutung sind. Es handelt sich nicht, wie es vielleicht zu erwarten war, um die Vermehrung der Massenarmut oder um die Zunahme der Machenschaften der multinationalen Konzerne, sondern vielmehr um Problemberiche, die bis jetzt von der sozialwissenschaftlichen Forschung und der Publizistik stiefmütterlich behandelt worden sind: die Vielfalt von Entwicklungsmodellen, die schwierige Bildung der kollektiven Identität, die Überraschungen, Rückschritte und auch Erfolge des Modernisierungsprozesses sowie die Folgen der Bevölkerungsexplosion und der sich abzeichnenden Energiekrise in den meisten lateinamerikanischen Ländern.

Mit einigen Ausnahmen wie Haiti oder Paraguay hat der Subkontinent auf Gebieten wie Industrialisierung, Eindämmung des Analphabetismus und der tropischen Krankheiten, Aufbau von Transport- und Kommunikationsmitteln und Erweiterung der Produktionsstruktur unbestreitbare positive Leistungen zu verzeichnen. Gerade das rasche Bevölkerungswachstum seit dem Zweiten Weltkrieg ist wesentlich auf Verbesserungen der Hygiene und der ärztlichen Fürsorge auf dem Lande zurückzuführen. Das gigantische Ausmass der Urbanisierung deutet, trotz aller negativen Aspekte, auf die Tatsache hin, dass in den grösseren Städten Lateinamerikas ein beträchtlicher Industrie- und Manufaktursektor entstanden ist, dem die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Einwanderer aus dem Lande und die jüngere Generation städtischer Herkunft zu verdanken ist. Wegen der Vermehrung des Elends im urbanen Bereich kann man gewiss diesen Prozess nicht als befriedigend bezeichnen; andererseits darf man nicht übersehen, dass in vielen Staaten der Neuen Welt eine ansehnliche

Industrieproduktion gedeiht, die mehr und mehr den Charakter jener Volkswirtschaften prägt. Entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil in Westeuropa und einer mächtigen sozialwissenschaftlichen Denkrichtung stellt Lateinamerika keineswegs den Kontinent dar, dessen Produktionsstruktur nur Landwirtschaft, Viehzucht und Bergbau enthält und dessen Klassengefüge nur das Gegenüberstehen von einigen steinreichen Grossgrundbesitzern und einer riesigen Masse landloser Bauern kennt; in den meisten Nationen Lateinamerikas gibt es eine differenzierte und komplexe Sozialstruktur, eine eigentümliche Kultur der politischen Auseinandersetzungen und in manchen (wie Mexiko, Argentinien und Brasilien) sogar eine regelrechte Kapitalgüterindustrie.

Das unterschiedliche Ausmass der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesse, die Abweichungen im zivilisatorischen Niveau und die Besonderheiten der geschichtlich-kulturellen Entfaltung haben eigentlich eine Vielzahl von Gesellschaftsordnungen hervorgebracht, die der Vorstellung einer prinzipiellen Uniformität zwischen Feuerland und dem Río Grande entschieden widerspricht. Zurzeit muss man dagegen von einer *Pluralität der Entwicklungsmodelle* ausgehen: neben dem staatssozialistischen System in Kuba, das sich an das sowjetische Entwicklungsmuster anlehnt, befinden sich das reformistische Regime in Peru (das eine gemischte Eigentums- und Produktionsordnung enthält), das liberal-privatwirtschaftlich orientierte Modell in Kolumbien, die traditionell-konservative Gesellschaft Paraguays und Guatemalas oder die zwar kapitalismusfreundliche, aber auch den Staat begünstigende Ordnung autoritären Zuschnitts in Argentinien und Brasilien.

In letzter Instanz streben all diese Versuche ähnliche Zielsetzungen an: Modernisierung der Gesamtgesellschaft durch Industrialisierung, den Lebensstandard der bereits vollentwickelten Nationen und die Erstarkung des jeweiligen Staates. Aber sie bedienen sich dafür durchaus divergierender Methoden und Wege, was erhebliche Folgen für die politische Sphäre, für den Bereich der Kultur, für die Produktions- und Eigentumsordnung, für die Aussenpolitik und vor allem für das alltägliche Leben der Staatsbürger zeitigt. Der Arbeitsrhythmus, die Sorgen und Erwartungen sowie die Freizeitgestaltung zwischen einem Arbeiter in einem staatlichen Industriebetrieb in Kuba und einem Werktätigen in einem multinationalen Konzern in Brasilien sind so unterschiedlich wie das Leben eines Bauern auf einem argentinischen Latifundium im Vergleich mit der Existenz eines Landarbeiters auf einer Kaffeeflantage in Haiti. Und die Diversität in bezug auf Gesellschaftsordnung und Lebensstil wird voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten zunehmen, was allerdings die diesbezügliche sozialwissenschaftliche Forschung kaum interessiert.

Die rasche Modernisierung hat ebenfalls in Lateinamerika Unzufriedenheit und Widerstand ausgelöst, aber keineswegs in dem Ausmass, wie dies in Persien der Fall gewesen ist. In vielen Ländern macht sich eine anfängliche Identitätskrise bemerkbar: die Zerstörung der ländlichen Umwelt, der Verfall traditioneller Werte und die ungenügenden Ergebnisse der Modernisierung (die ausserdem bloss einem Teil der Bevölkerung zugute kommen) haben ein diffuses und gegen den nordamerikanischen kulturellen Einfluss gerichtetes Unbehagen hervorgerufen. Die alte Ordnung der Provinz und des flachen Landes erweist sich als nicht mehr anziehend, aber das neue Milieu der Grossstadt und der Industrie vermag nicht, Werte wie Geborgenheit und Zugehörigkeit zu vermitteln.

In Lateinamerika sind jedoch Faktoren wie eine eigenständige Kultur und Religiosität nicht anzutreffen, an die der Protest gegen die rasche «Amerikanisierung» anknüpfen könnte; im Gegensatz zur islamischen Welt<sup>1</sup> hat die Neue Welt immer im Einflussbereich westlicher Vorstellungen, Werte und Normen gestanden. Eine radikale Abkehr von der Amerikanisierung ist deshalb nicht wahrscheinlich, aber eine Aufwertung traditioneller Momente der kulturell-sozialen Überlieferung ist bereits im Gange. Seit etwa 1960 kann man eine Renaissance der Folklore, eine Wiederbelebung indianischer Bräuche, eine Neueinschätzung der iberischen Kolonialvergangenheit und sogar eine Apologie mancher konservativen Regime des 19. Jahrhunderts verzeichnen, welche paradoxerweise von linksorientierten Historikern betrieben wird. Diese Apologie erlaubt uns, dem komplizierten Verhältnis von Fortschritt und Identität näher zu kommen.

Einige konservative Regierungen versuchten um die Mitte des 19. Jahrhunderts einen eigenen Industrialisierungsprozess in Gang zu setzen, und zwar unter starker Beteiligung des Staates, Aufkündigung des Freihandels, Beibehaltung repressiver Praktiken sowie unter Absperrung von dem Weltmarkt. Wesentliche Momente dieses Systems tauchen jetzt bei verschiedenen Modellen auf: die verstärkte Weitergeltung autoritärer Normen und die Aufrechterhaltung eines allmächtigen, zentralisierten Staatsapparates werden nunmehr als die eigenständige Antwort auf die dekadente – und erfolglose – liberale Tradition ausgegeben; die Einschränkungen des Aussenhandels gelten jetzt als notwendige Abwehrmechanismen um der langfristigen Erreichung der Autarkie willen<sup>2</sup>.

Trotz aller Betonung der Eigenständigkeit weisen die zentralen Elemente und die letzten Zielsetzungen dieses Modells eine unverkennbare Ähnlichkeit mit dem Entwicklungsparadigma auf, das die nördlichen Industriegesellschaften verkörpern, seien sie kapitalistisch oder staatssozialistisch strukturiert; diese Affinität zu den inkriminierten Modellen der metro-

politanischen Zentren erzwingt geradezu eine Aufwertung der Tradition und der autochthonen Aspekte auf dem Gebiet der politischen Kultur, der Freizeitgestaltung und der kollektiven Verhaltensnormen. Die Auffassung, dass der technologische Fortschritt und die ökonomisch-industrielle Entfaltung selbstverständliche und naturgesetzliche Momente der Evolution aller Nationen bilden, muss durch das Auffrischen tradierter Werte und Fragmente der iberisch-katholischen Überlieferung ergänzt werden. So wie die Pluralität der Entwicklungsmodelle hauptsächlich die Ebene der Wege und Mittel (und nicht die der Ziele) betrifft, so beschränkt sich die neu belebte Tendenz zum Autochthonismus auf die eigentlich sekundären Bereiche der Kultur und des politischen Stils. Das soll keineswegs die Bedeutsamkeit dieser Gebiete für den Alltag der Staatsbürger und das Ausmass an Originalität gewisser Systeme (etwa des peruanischen) schmälen, sondern vielmehr eine Annäherung an die verschiedenen Dimensionen dieser Problematik erleichtern.

Es gibt höchstwahrscheinlich einige Faktoren, die hinter dem Modellpluralismus für alle Länder zwischen Kuba und Chile noch gelten:

1. Die Erbschaft der iberischen Tradition (die Beharrungskraft der charismatischen Herrschaft, das Gewicht eines ebenso allmächtigen wie ineffizienten Bürokratismus, die Kluft zwischen dem verbalen und dem realen Niveau im Alltagsverhalten, das Fehlen des Leistungs- und Verantwortungsprinzips) und
2. die anscheinend unaufhaltsame Ausdehnung der Staatsfunktionen.

Eine differenziertere Betrachtungsweise erfordert die Überwindung manichäistischer Vorstellungen über Entwicklungsmodelle in Lateinamerika; gerade die progressiv eingestellte Sozialwissenschaft hat immer wieder die Dichotomien «kapitalistische Unterentwicklung oder sozialistische Revolution», «peripherer (d. h. minderwertiger) Kapitalismus oder Dissoziation vom Weltmarkt» und «Kolonialfaschismus oder autozentrierte Entwicklung» aufgestellt. Etwas anspruchsvoller äussert sich dieser Dualismus in der Gegenüberstellung des *brasiliischen* und des *kubanischen* Entwicklungsmodells. Brasilien seit 1964 soll demnach das Paradiagram einer vom Weltmarkt und den multinationalen Konzernen abhängigen Entwicklung verkörpern, deren Wachstumsdynamik von externen Faktoren bestimmt wird und deren Machtstruktur autoritär, technokratisch und pro-imperialistisch ausgerichtet ist. Die hauptsächlich von ausländischen Interessen betriebene Kapitalakkumulation soll die Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten, die Schaffung eines restringierten Konsummarktes und eine deutliche Senkung des Lohnniveaus nach sich ziehen. Dem Staatsapparat soll die Funktion zufallen, angemessene Rah-

menbedingungen für die privatwirtschaftliche Kapitalexpansion zu schaffen. – Nach seiner Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt soll Kuba das Modell der autozentrierten Entwicklung darstellen: dank einer umfassenden Planung produziert die verstaatlichte Wirtschaft für die Bedürfnisse des Volkes, durch Erweiterung der politischen Partizipationsrechte nimmt die Bevölkerung am Willensbildungsprozess teil, und aufgrund einer vernünftigen Umverteilungspolitik tritt eine tendenzielle Angleichung aller Gesellschaftssektoren ein.

Empirische Untersuchungen und realitätsnahe Studien haben die Gültigkeit dieser Vorstellungen schwer erschüttert. Die mannigfaltige Abhängigkeit Kubas von der Sowjetunion ist heutzutage kaum zu übersehen, und zwar nicht nur auf den Gebieten des Aussenhandels, der Militär- und Aussenpolitik, sondern auch in bezug auf die Ziele und Mittel des Entwicklungsparadigmas und auf die Ausgestaltung des Alltags- sowie des Kulturlebens. Darüber hinaus scheinen die propagandistisch herausgestellten Leistungen der kubanischen Revolution in den Bereichen von Wohnungsbeschaffung, Transportmitteln, öffentlichen Dienstleistungen und sogar von Ernährung und Erziehung recht bescheiden zu sein: niemand hungert zwar, alles andere erweist sich dennoch als prekär<sup>3</sup>. Die zwanzigjährige Geschichte der kubanischen Revolution ähnelt mehr jenen Modernisierungsprozessen in der Dritten Welt, die trotz einer beispiellosen Erweiterung der Staatsfunktionen mittelmässige Ergebnisse neben Ineffizienz, Chaos und Unfreiheit zeitigen<sup>4</sup>.

Eine eingehendere Beschäftigung mit dem brasilianischen Modell macht einige Tendenzen zur Staatsexpansion in nichtsozialistischen Gesellschaften sowie die Trugschlüsse der marxistischen Entwicklungsländerforschung sichtbar. Nach ihr gehören alle Gesellschaftsordnungen in Lateinamerika, die kein durchgehendes staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln vorweisen können, zu den verschiedenen Spielarten des «peripheren», «abhängigen» oder «unterentwickelten» Kapitalismus; dass die wesentlichen Merkmale und Kategorien des klassischen Kapitalismus – trotz aller Modifikationen und Ergänzungen aufgrund der «peripheren» Lage – auf jene lateinamerikanischen Gesellschaften *anwendbar bleiben*, stellt den Ausgangspunkt und nicht das Resultat dieser neomarxistischen Theorieanstrengungen dar.

Die privatwirtschaftliche Grundstruktur der Produktionsweise voraussetzend, begreifen diese Theoretiker den Staat in Lateinamerika als eine abgeleitete Grösse des Weltmarktmechanismus und der Reproduktionsbedürfnisse der imperialistischen Mächte: der Staat gilt als die Agentur, die die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Eingliederung des jeweiligen Landes in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem und die Grund-

lagen für die einheimische kapitalistische Produktionsweise herstellt<sup>5</sup>. Eingestandenermassen beschränken sich diese theoretischen Ansätze darauf, das Verhältnis von Kapitalakkumulation im Weltmassstab und bürgerlichem Nationalstaat in der Dritten Welt begrifflich zu fassen<sup>6</sup>, wobei von Anfang an die dem metropolitanischen Kapitalismus dienende Rolle des peripheren Staates feststeht. In bezug auf die interne Evolution wird im allgemeinen angenommen, dass dem Staat eine bloss *ergänzende Funktion* gegenüber den privatwirtschaftlichen Interessen zukommt, etwa in der Errichtung der Infrastruktur (Strassenbau, Elektrifizierung, Erziehung) und in dem Aufbringen solcher Investitionen, die für die privaten Unternehmer nicht gewinnträchtig sind.

Die Evolution des brasilianischen Modells zeigt jedoch auf, dass die These von der komplementären Funktion des Staates viel mit berufsspezifischen Vorurteilen der Theoretiker, aber wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat. Gerade in diesem ausgesprochen kapitalismusfreundlichen Regime lässt sich die Tendenz zur Verselbständigung des Staates beobachten: der Staatsapparat hat nicht nur die Errichtung einer für eigene Zwecke konzipierten Infrastruktur übernommen, sondern auch seine Tätigkeit in dem produktiven Wirtschaftsbereich auf jene Zweige ausgedehnt, die finanziell gewinnbringend und technologisch zukunftsweisend sind. Der brasiliatische Staat kontrollierte 1974 bereits die Erdölförderung und -verarbeitung (mit einem Anteil von 96 %), die Elektrizitätserzeugung und -verteilung (85 %), die Stahl- und Eisenproduktion (77 %), den Bergbau (68 %), die Banken (rund 50 %), das Kreditwesen (rund 66 %), verschiedene Bereiche der verarbeitenden Industrie und sogar das Nachrichtenwesen (100 %)<sup>7</sup>. Von den rund 6000 grössten Unternehmen des Landes gehörten 1976 dem Staat 46 %; das wahre Ausmass der Staatsbeteiligung wird aber erst sichtbar, wenn man berücksichtigt, dass der Staat an vielen anderen Betrieben Minderheitsaktionär ist, dass unzählige Firmen von staatlichen Krediten abhängig sind und dass nicht wenige Privatunternehmer ausschliesslich für Staatsaufträge arbeiten. Der brasiliatische Staat ist am Bruttoinlandsprodukt mit rund 50 % und an der Bruttokapitalbildung mit 41 % beteiligt (1973)<sup>8</sup>. Der Staat dringt überdies in ureigene Gebiete der Privatinitiative, in die der Freiberuflischen, durch die Gründung von Architektur- und Ingenieurbüros ein.

In anderen Ländern, deren politisches Regime der Privatwirtschaft nicht so freundlich gesonnen ist wie in Brasilien, fällt das Gewicht des Staates im sozioökonomischen Leben noch stärker aus. Die Verstaatlichung aller Betriebe des Somoza-Clans in Nikaragua (1979) hat mit einem Schlag und ohne nennenswerten Widerstand dazu geführt, dass über die Hälfte der gesamten Wirtschaftstätigkeit in die Hände des Staates geraten ist. In

dem reformistischen System Perus ist es dem Staat gelungen, knapp die Hälfte der gesamten Produktionskapazität zu kontrollieren, obwohl die Militärregierung seit 1975 und angesichts der schweren Wirtschaftskrise das Verstaatlichungsprogramm erheblich gedämpft hat<sup>9</sup>. In Bolivien verfügte der Staat 1977 (d. h. in der Zeit einer ausgesprochen rechtsgerichteten Regierung) über 72 % des gesamten Investitionsaufkommens, über 59 % der Ausfuhrkapazität und über die Hälfte der Produktionskapazität<sup>10</sup>. In Venezuela befinden sich alle Zweige der extraktiven Industrie (Erdöl, Eisenerz, Aluminium, Kohle) und deren Verarbeitung fest im Staatseigentum. In anderen Ländern wiederum, in die das Eindringen der multinationalen Konzerne seit ungefähr 1960 besonders wirksam war, sind «Wachstum der wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates und Stärkung seiner machtpolitischen Position fast unausbleibliche Folgererscheinungen» gewesen, wie ein marxistischer Theoretiker es anerkennt<sup>11</sup>; in diesen Fällen lässt sich ausserdem konstatieren, dass der staatliche Wirtschaftssektor in strategisch wichtigen Industriebereichen schneller wächst als der private.

Zusammenfassend lässt sich die These aufstellen, dass 1. die staatliche Tätigkeit in Lateinamerika eine eigene Dynamik entfaltet hat, dass 2. die Auffassung einer dienenden Rolle und einer ergänzenden Funktion des Staates zugunsten der Privatinteressen revisionsbedürftig ist und dass 3. die je nach Land unterschiedliche Expansion der Staatstätigkeit neuartige sozioökonomische Modelle hervorbringt, für welche das geeignete begriffliche Instrumentarium noch fehlt. In Venezuela beispielsweise hat der Staat die gewinnträchtigsten und ausbaufähigsten Produktionszweige übernommen, gleichzeitig aber die Aktivität privater Unternehmer in anderen Bereichen keineswegs beeinträchtigt. In Peru laufen die Schlüsselprojekte für die langfristige Entwicklung des Landes vollständig unter staatlicher Regie (von der Düngemittelproduktion über Kupferförderung bis zur Elektrizitätsversorgung)<sup>12</sup>; zugleich hat man dort grossangelegte Versuche mit gemischten Eigentumsformen (Grossgenossenschaften, Mitbesitz der Werk-tägten an dem jeweiligen Betrieb, kollektives Eigentum bestimmter sozialer Gruppen) gemacht, die trotz einiger Abstriche in den letzten Jahren die herkömmliche Vorherrschaft des traditionellen Privateigentums an den Produktionsmitteln erheblich einschränkten und den Weg für andersgeartete Eigentums- und Produktionsformen freilegten. In Bolivien und Brasilien entstehen korporative Besitzverhältnisse: die Streitkräfte als Kaste haben wichtige Unternehmen gegründet (wie in Bolivien die 1979 eröffnete Kraftfahrzeugindustrie), die weder staatlich noch privat sind und die allmählich eigene politisch-ökonomische Interessen entfalten.

Der zunehmende Staatsinterventionismus in Lateinamerika hat zweifellos auch die Grundlage für die Entwicklung der nationalen und ausländi-

schen Privatindustrie, insbesondere für deren technologisch fortgeschrittenere Zweige, errichtet, aber zugleich eine eigene Dynamik ausgelöst, die sowohl dem rein staatlichen Eigentum als auch gemischten Produktionsweisen zugute kommt. Das ist offenbar einer der entscheidenden Voraussetzungen für den Modellpluralismus.

Auf anderen Gebieten lässt sich ebenfalls eine veränderte Meinungsbildung in bezug auf den Staat beobachten. Es dürfte sehr schwierig sein, heutzutage Privatunternehmer anzutreffen, die sich zum liberalen Nachtwächterstaat bekennen; eine wachsende Anzahl von ihnen ist nunmehr bereit, dem Staat die «strategisch» relevanten Wirtschaftsbereiche zu überlassen, wobei *strategisch* einen äusserst dehbaren Begriff meint, den auch die «Vertreter des Kapitals» immer mehr zugunsten des Staates interpretieren. Unterprivilegierte Schichten haben in den letzten Jahrzehnten eine positivere Haltung gegenüber der Staatsgewalt angenommen: war früher der Staat hauptsächlich in den Figuren des Steuereintreibers und des Polizisten bekannt und gefürchtet, so stellt er jetzt die Instanz dar von der alle sich Hilfe in den verschiedensten Lebenslagen versprechen. Wenn heute eine Überflutung oder ein Erdbeben geschieht, erwarten die Beschädigten mit voller Selbstverständlichkeit, dass die öffentliche Hand den ganzen Schaden behebt; der Staat wird sogar kritisiert, weil er die entsprechenden Massnahmen zum Vorbeugen der Katastrophen nicht rechtzeitig ergriffen hat. Diese Aufwertung der Staatsgewalt geht mit einer Schwächung der kommunalen Selbsthilfe und des individuellen Unternehmungsgeistes einher, die im iberisch-katholischen Kulturkreis – anders als im angelsächsischen Raum – ohnehin nicht allzu wirksam gewesen sind.

Der wirtschaftliche Staatsinterventionismus, der zunehmende Einfluss der staatlichen Bürokratie im Erziehungs- und Kulturbereich, die wachsende Abhängigkeit grösserer Bevölkerungssektoren von der öffentlichen Hand und die fortschreitende Verschränkung der zentralen Staatsgewalt mit unzähligen internationalen Organisationen erweisen sich als entscheidend für die Formulierung der kollektiv angestrebten Entwicklungsziele jenseits der blossen Diskussion um Wege und Mittel. Es besteht nämlich die Gefahr, dass die Expansion der Staatsfunktionen langfristig eine gesellschaftspolitische Verfassung mit sich bringt, in der individuelle Rechte und Freiheiten nicht zu gedeihen vermögen und in der die Grundlage für die Entfaltung emanzipierter Verhältnisse zu eng wird. Ein starker Staat ruft – fast immer – absolutistische Tendenzen hervor, denen man nur durch das Vorhandensein autonomer Instanzen mit eigener ökonomischer Kraft Widerstand leisten kann. Eine solche, schwer zu kontrollierende Staatsgewalt unterliegt «Sachzwängen» und kann sich erfahrungsgemäss kaum leisten, effektive politische Freiheiten zu gewähren oder ökologische

Rücksichten zu üben. Die Zukunft Lateinamerikas, wo es sowohl autoritäre Traditionen als auch aussergewöhnlich viele gefährdete Ökosysteme gibt, sieht bei der Ausdehnung der Staatsfunktionen nicht gerade erfolgversprechend aus.

Marxistisch orientierte Staats- und Dependenztheorien klammern im allgemeinen diese Fragestellungen beharrlich aus. Sie messen der Staatsexpansion langfristig eine vorwiegend positive Bedeutung bei, sie halten die ökologische Problematik für drittrangig und nehmen an, dass die Repression notwendig mit dem nichtsozialistischen Charakter der Entwicklung korreliert. Sie glauben, dass nur die «kapitalistische» Akkumulation die Niederhaltung breiter Bevölkerungsschichten erfordert, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung beinahe automatisch ökologische und demographische Probleme lösen wird und dass der Staatsinterventionismus tendenziell zur Vergesellschaftung aller Produktionsmittel beiträgt.

Entwicklungssysteme verschiedenster Observanz sehen sich heute in Lateinamerika ähnlichen Schwierigkeiten gegenübergestellt: in fast allen Ländern – ausser Mexiko, Ecuador und Venezuela – macht sich bereits ein *Energiedefizit* bemerkbar; die Bevölkerungsexplosion in Verbindung mit den gesteigerten Erwartungen der Massen erzeugen ein Konfliktpotential ersten Ranges; und die sich abzeichnende Knappheit an natürlichen Ressourcen – zusammen mit ökologischen Schäden (z. B. Bodenerosion grössten Ausmasses in tropischen Gebieten) – erschweren eine immer wachsende Produktion für immer zunehmende Bedürfnisse. Es ist eigentlich zu erwarten, dass auf lange Sicht und unabhängig von der sozio-ökonomischen Verfassung die schnell wachsende Bevölkerung in einen mühseligen Kampf um das sich nicht so rasch vermehrende Sozialprodukt verwickelt sein wird, zumal im Energiebereich, in der Ressourcenausstattung und sogar in der Landerschliessung<sup>13</sup> ernsthafte Begrenzungen auftauchen. Die hohe Wahrscheinlichkeit langwieriger sozialer Konflikte, die Folgen des demographischen Aufschwunges und die Begleiterscheinungen der Ressourcenverknappung werden eine Erweiterung des Aufgabenkreises und der Befugnisse des Zentralstaates kräftig fördern; das Ergebnis wird eine eingehendere Planung gesellschaftlicher Tätigkeiten und eine umfassendere Regelung individueller Handlungen sein, was die vorhandene Neigung des Staates zu bürokratischen und autoritären Momenten verschärfen würde.

Da sich die Pluralität der lateinamerikanischen Entwicklungsmodelle, deren Relevanz für die gesellschaftspolitische Praxis nicht zu übersehen ist, auf die Ebene der Mittel und Wege beschränkt, hat sie noch nicht vermocht, originelle Lösungen für die Sphäre der Grundlagen und Ziele der geschichtlichen Evolution hervorzubringen. Privatwirtschaftliche Inter-

essen ebenso wie radikalsozialistische Bewegungen streben ähnliche Zielsetzungen – ökonomisches Wachstum, Industrialisierung, grossstädtische Zivilisation – an, und im Notfall entscheiden sich beide Richtungen für die Expansion der öffentlichen Hand. Die langfristigen Probleme jedoch, die hier erwähnt worden sind, werden dadurch an Virulenz kaum etwas verlieren.

<sup>1</sup> Zum Problem der Modernisierung im Iran cf. Arnold Hottinger, Lehren aus der persischen Revolution, in: Schweizer Monatshefte, Jg. 59, Nr. 5 (Mai 1979) S. 377. – <sup>2</sup> Diese – keineswegs unpopuläre – Strategie läuft auf eine Abkoppelung vom Weltwirtschaftssystem aus. – Cf. Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt: Suhrkamp 1977, S. 263–290. – <sup>3</sup> Cf. Carmelo Mesa-Lago, Cuba in the 1970s. Pragmatism and Institutionalization, Albuquerque: University of New Mexico Press 1974, S. 32 ff. – <sup>4</sup> Cf. Hugh Thomas, Castro in Kuba: der Führer lebt. Bilanz eines hoffnungsvollen Aufbruchs, oder Der Abstieg in den realen Sozialismus, in: Die Zeit vom 27. Oktober 1978, Nr. 44, S. 33 ff. – <sup>5</sup> Repräsentativ für diese Richtung: Tilman Evers, Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen, Frankfurt: EVA 1977, S. 81. – <sup>6</sup> Stellvertretend dafür: Wolfgang Hein, Kapitalakkumulation im Weltmassstab und die Rolle des Nationalstaates in der Dritten Welt, in: Lateinamerika. Analy-

sen und Berichte, Bd. 2, Berlin: Olle & Wolter 1978, S. 53. – <sup>7</sup> Dirk Belau, Die Staatstätigkeit in der Wirtschaft Brasiliens, Berlin: Freie Universität Berlin (FB 15), 1979, S. 36, 47. – <sup>8</sup> Ibid., S. 8 f., 36, 52. – <sup>9</sup> E. V. K. Fitzgerald, The State and Economic Development: Peru since 1968, Cambridge: Cambridge University Press 1976, S. 36. – <sup>10</sup> René Antonio Mayorga, Dictadura militar y crisis de estado. El caso boliviano 1971–1977, Mexiko: FLASCO 1977, S. 25. – <sup>11</sup> Klaus Esser, Lateinamerika. Industrialisierungsstrategien und Entwicklung, Frankfurt: Suhrkamp 1979, S. 38. – <sup>12</sup> Fitzgerald, op. cit., S. 33, 87. – Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3 Unterentwicklung und Entwicklung in Lateinamerika, Hamburg: Hoffmann & Campe 1976, S. 388–404. – <sup>13</sup> Entgegen einer weitverbreiteten Meinung ist die tatsächliche Verfügbarkeit über landwirtschaftlich nutzbares Land in Lateinamerika überaus geringer als beispielsweise in Kanada oder in den Vereinigten Staaten. – Cf. K. Davies, The Urbanization of the Human Revolution, in: Scientific American, vol. 213, Nr. 3 (September 1965).